

SPÖ fordert bessere Arbeitsbedingungen für LeiharbeiterInnen und ErntehelferInnen

Utl.: Muchitsch: „Sie haben unser Land in der Krise aufrecht gehalten“ =

Wien (OTS/SK) - „LeiharbeiterInnen und ErntehelferInnen leiden oft unter schlechten Arbeitsbedingungen. Nachdem sie unser Land in der Krise aufrecht gehalten haben, gehört dies endlich geändert“, bekräftigt SPÖ-Arbeits- und Sozialsprecher Josef Muchitsch die Forderungen der SPÖ-Vorsitzenden, Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner.

Utl.: Gesetzliche Beschränkung von Leiharbeit

Muchitsch: „Die Arbeitskräfteüberlassung war ursprünglich als Mittel zur Abdeckung von Auftragsspitzen gedacht. Sie wird aber zunehmend als Geschäft auf Kosten der Arbeiter und Arbeiterinnen genutzt. Das wollen wir unterbinden.“ Dazu solle die Anzahl der überlassenen Arbeitskräfte nicht mehr als 10 Prozent der Belegschaft ausmachen dürfen und ArbeitnehmerInnen, die 18 Monate beim selben Arbeitgeber beschäftigt werden, sollen ein Recht auf Übernahme in die Stammbesellschaft bekommen. Außerdem sollen mehr Mittel in den Sozial- und Ausbildungsfonds für LeiharbeiterInnen fließen sowie Werkverträge in der Fleischindustrie verboten werden - man solle nicht dieselben Fehler wie in Deutschland machen.

Utl.: Bessere Rahmenbedingungen und Unterbringungen für Erntehelfer

Auch für ErntehelferInnen soll es Verbesserungen geben. „Sie haben dafür gesorgt, dass die Supermarktregale nicht leer stehen, jetzt ist es auch Zeit für echten Dank“, so Muchitsch. Dazu gehören für den Abgeordneten eine ordentliche Bezahlung mit einem kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.700 Euro, sowie Einzelunterkünfte statt Stockbettenlagern. „Nachdem ErntehelferInnen im Akkord arbeiten, gehen sie oft auch krank zur Arbeit - gepaart mit Unterkünften, in denen mehrere ArbeiterInnen auf engstem Raum zusammengepfercht sind, stellt das ein großes Infektionsrisiko dar. Beides lässt sich mit besseren Arbeitsrechten bekämpfen“, so Muchitsch.

Utl.: Lückenlose Kontrolle bei prekär Beschäftigten

Muchitsch: „Türkis-blau hat bei der Kontrolle von Arbeitsbedingungen eingespart, auch jetzt wird daran nichts geändert. Die Einhaltung des Arbeitsrechts muss aber kontrolliert werden.“ Dazu sollen die Kapazitäten im Arbeitsinspektorat und bei der Finanzpolizei, die das Lohn- und Sozialdumping bekämpft, erhöht werden. 50 zusätzliche Arbeitsinspektoren sowie 170 zusätzliche Planstellen bei der Finanzpolizei sollen für eine bessere Einhaltung der ArbeitnehmerInnenrechte sorgen. Außerdem soll die Kompetenz bei der Kontrolle der ErntehelferInnen vereinheitlicht werden und ins Arbeitsinspektorat kommen. Bisher lag die Kontrollkompetenz bei den Bundesländern. (Schluss) bj/sd

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Parlamentsklub

01/40110-3570

klub@spoe.at

<https://klub.spoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0020 2020-08-02/10:04

021004 Aug 20

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200802_OTS0020